



Brandenburgische Partner Diestel, Stolpe, Vietze*: „Wir hatten gemeinsame ostdeutsche Interessen“

BRANDENBURG

Das organisierte Vergessen

Eine Enquetekommission soll Brandenburgs verdrängte Stasi-Verstrickungen aufklären. Nun zeigt sich, dass ein überparteiliches Kartell des Schweigens seit den frühen neunziger Jahren eine Aufarbeitung verhinderte. Die Vergangenheit wird zur Belastung für die rot-rote Koalition.

Es war wie eine Absolution, wie ein gütiger, befreiender Segen für die Abgeordneten des Brandenburger Landtags. Tagelang waren sie in die evangelische Generalsuperintendentur in der Potsdamer Sonnenlandstraße gepilgert, wo Monsignore Karl-Heinz Ducke und Generalsuperintendent Günter Bransch zum Einzelgespräch empfingen.

Vor diese Ehrenkommission trat auch der Abgeordnete der PDS, Heinz Vietze, der letzte Bezirkschef der SED in Potsdam. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht hatte ihn mit vielen Auszeichnungen geehrt.

Die beiden Geistlichen öffneten vor seinen Augen einen Brief der Gauck-Behörde. „Aus den überprüften Unterlagen haben sich Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst ergeben“, stand in dem Bescheid, der den Genossen als „Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit“ (GMS) auswies, eine Art Inoffizieller Mitarbeiter. 25 Blatt waren aus Berlin als Anlage geschickt worden, vier Treffberichte darunter. In einem davon hatte der GMS mehrere Jugendliche angeschwärzt.

Die drei Männer sprachen eine Weile über die alten Sünden, dann ließen die Seelsorger Barmherzigkeit walten. Vietze

konnte in den Landtag zurückkehren, nicht mal als „Grenzfall“ tauchte er später im Bericht der Ehrenkommission auf.

Im Jahr 1991 ereignete sich diese bis heute geheimnisvolle Geschichte, die Brandenburg noch immer beschwert. Eigentlich sollte mit den Überprüfungen etwas Altes enden und etwas Neues beginnen. Vertrauen in die Demokratie sollte geschaffen werden.

Aber in Potsdam ging die alte Zeit in die neue über. Reihenweise bestanden die Parlamentarier den Test der beiden Kirchenmänner, es blieb bis heute die einzige Überprüfung. Danach war die Vergangenheit abgehakt, ein echtes Aufarbeiten der SED- und Stasi-Verstrickungen fand nicht statt. Brandenburg, das war „die kleine DDR“ in der Bundesrepublik, so formulierte es Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD), und seine Bürger liebten ihn dafür.

Jetzt hat sein Nachfolger Matthias Platzeck (SPD) Probleme mit den Schatten der Geschichte. Seine mit großer Geste verkündete „Versöhnung“ mit den früheren SED-Eliten missriet im Herbst, seine neue

rot-rote Koalition wankte. In keinem Parlament sitzen heute noch so viele ehemalige Stasi-Zuträger wie in Potsdam. Mehrere hatten ihre Verstrickungen mit dem Geheimdienst bis zuletzt nicht offengelegt.

Zwanzig Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur beginnt nun die überfällige Debatte über die Versäumnisse der Brandenburger Gründungselite. Ein „Kartell des Schweigens“ sei im Jahr 1991 gebildet worden, sagt Marianne Birthler, damals fürs Bündnis 90 Bildungsministerin in Potsdam, heute Beauftragte für die Stasi-Unterlagen. Die Oppositionsparteien im Landtag – Grüne, CDU und FDP – wollen eine Enquetekommission einsetzen. Sie soll, so die Grünen, „aufarbeiten, warum die Stasi-Verstrickungen nicht aufgearbeitet“ wurden.

Steckte hinter der Verdrängung ein System? Diente der laxer Umgang mit dem Stasi-Gift der SPD, deren Ministerpräsident Stolpe in die Stasi-Annalen als IM „Sekretär“ einging? Welche Rolle spielte die PDS, in der Vietze damals großen Einfluss hatte? Und welche Peter-Michael Diestel, der als letzter DDR-Innenminister und erster CDU-Fraktionschef im Landtag den Übergang prägte?

Platzeck fordert „Klarheit und Transparenz“. Aber nicht alle seine Getreuen tei-

* Links: 1997 auf seinem Hof in Plau am See; Mitte: vor dem Untersuchungsausschuss 1992; rechts: mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine 2007 in Potsdam.



len diesen Wunsch. Still wird eruiert, wer noch etwas wissen könnte aus jener Zeit. Die Akten der einzigen Überprüfung 1991 hält der heutige Landtagspräsident, der SPD-Mann Gunter Fritsch, unter Verschluss. Stolpe wird von Interviews abgeraten, SPIEGEL-Anfragen hat er abgelehnt. Der Geheimdienst ist noch immer Geheimsache in Potsdam. Gespräche mit etlichen Zeitzeugen und der Einblick in bislang unzugängliche Dokumente ermöglichen dem SPIEGEL jetzt, das alte Schweigekartell zu skizzieren.

Wenn die Kommission ihre Arbeit aufnimmt, wird Sozialdemokrat Herbert Knoblich wohl als einer der Ersten berichten müssen. Er wurde 1990 Landtagspräsident und residierte im selben Potsdamer Gebäude, in dem zuvor die gefürchtete SED-Bezirksleitung saß. Noch heute sind auf dem Turm die Umriss des alten SED-Symbols zu erkennen, der historische Händedruck zwischen KPD und SPD. „Kreml“ nennen sie in Potsdam das Haus.

Knoblich hatte 1990 einen einfachen, klaren Stasi-Check vorgeschlagen. Jeder neugewählte Landtagsabgeordnete sollte sich überprüfen lassen und jenen Zweizeiler unterschreiben, der auch Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst vorgelegt wurde. „Hiermit erkläre ich, dass ich zu keiner Zeit hauptamtlicher oder wesentlich informeller Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit war.“ Aber Knoblich kam damit nicht durch.

Wahrscheinlich beginnt hier die Geschichte des organisierten Vergessens. In einem überraschenden Zweckbündnis machten CDU und PDS im Innenausschuss gegen die Aufklärer Front; den Vorsitz hatte Ex-DDR-Innenminister Diestel. Wer bereits zuvor in der frei gewählten DDR-

Volkskammer überprüft worden war, so der Vorschlag von PDS und CDU, müsse künftig von Anfragen verschont werden.

Diestel und die PDS – das war eine erstaunliche Allianz, eine, die lange halten sollte. „Wir hatten gemeinsame ostdeutsche Interessen“, sagt Diestel, der sich selbst „stockkonservativ“ nennt. Er gefiel sich als politischer Grenzgänger, mit Gregor Gysi schloss er Freundschaft und mit manchen früheren Stasi-Obristen. Zu seinem 40. Geburtstag schenkte ihm Vietze einen Stieglitz im Käfig – auch Distelfink genannt. Getauft wurde er auf den Namen „Ulf“, in Anspielung auf Ulf Fink, einen CDU-West-Import. Man amüsierte sich köstlich. Ost gegen West war die Frontstellung, ostdeutscher Trotz wurde zum Kitt der „kleinen DDR“. Regelmäßig vertrat Diestel die PDS und deren Genossen in Prozessen.

Doch der Versuch, einige Abgeordnete vom Stasi-Check auszunehmen, scheiterte. Die Ehrenkommission der beiden Geistlichen nahm ihre Arbeit im Sommer 1991 auf. Die zweizeilige Selbstauskunft aber entfiel. Die Brandenburger Fraktionschefs wollten gar, dass keiner das Ergebnis seiner Überprüfung von sich aus offenlegen sollte, egal ob es be- oder entlastend war.

Landtagspräsident Knoblich, in der DDR Hochschuldozent für Physik, machte den Anfang vor der Kommission. Er hatte ein reines Gewissen, aber ganz sicher war er sich seiner Aktenlage nicht. Die Kirchenleute begannen mit Small Talk, dann öffnete einer von ihnen den Brief und verlas den Bescheid der Gauck-Behörde. Knoblich war als IMK „Lift“ geführt worden – als jemand, der eine Wohnung der Stasi zur Verfügung stellen sollte. Doch dann folgte die Entlastung: „Die Zusam-

menarbeit mit dem MfS wurde abgelehnt. Vorwand für die Kontaktaufnahme war der Ausreiseantrag der Tochter.“ Knoblich hatte das Ansinnen des Geheimdienstes abgelehnt.

Auch Stolpe, der damals eine Ampelkoalition führte, stellte sich den Geistlichen, einer von ihnen, der evangelische Generalsuperintendent, war früher Weggefährte des einstigen Konsistorialpräsidenten Stolpe. Der katholische Monsignore Ducke erinnert sich an ein langes Gespräch, auch an Unterlagen aus der Behörde, einen dicken Brief, wie er sagt. Aber laut Vermerk vom 5. August 1991 gab es zu Stolpe damals noch „keine Erkenntnisse“ in der Gauck-Behörde. Der Landesvater soll der Ehrenkommission von Kontakten zur Stasi berichtet haben. Nach Ansicht der Geistlichen hatte er den Draht zum MfS im Auftrag der Kirche organisiert – weshalb er in dem Abschlussbericht nicht einmal als Grenzfall aufgeführt wurde.

Nachsicht und Verständnis prägten die gesamte Überprüfung, nur zwei Bündnis-90-Politiker traten wegen ihrer Stasi-Verstrickungen zurück. Zehn weitere Landtagsabgeordnete wurden als Grenzfälle eingestuft, durften aber im Parlament bleiben. Erst langsam sickerten Namen durch. Dass es fünf weitere Fälle gab, darunter Vietze, blieb jedoch geheim. Im Bericht der Ehrenkommission tauchten sie nicht auf, obwohl es belastende Indizien gab. Betroffen waren auch zwei weitere CDU-Abgeordnete.

Als sich der Landtag am 27. November 1991 mit den Überprüfungen befasste, hatte Diestel einen großen Auftritt. „Branchiale Enthüllungen“ beklagte er. Dann wandte er sich plötzlich direkt an Stolpe. „Ich kann Ihnen aber trotzdem sagen,

wann die Angriffe gegen Sie wieder kommen werden, und ich kann Ihnen sagen, dass Sie den Abgeordneten, der jetzt hier spricht, in dieser Frage immer an Ihrer Seite wissen, weil ich weiß, dass niemand, der in der Vergangenheit, in den 40 Jahren DDR, bewusst gelebt hat, diesen teuflischen Kontakten aus dem Weg gehen konnte.“ Anderen Parlamentariern versicherte er „Respekt und Unterstützung“, falls sie sich rechtfertigen müssten. Stolpe registrierte schweigend die Solidaritätsadresse.

Zum damaligen Zeitpunkt gab es nur Gerüchte zu Stolpe. Wusste Diestel schon mehr als andere über Stolpes Stasi-Akte? „Ich wusste“, so Diestel gegenüber dem SPIEGEL, „aus meiner Tätigkeit als Innenminister der DDR von den sehr guten Kontakten Manfred Stolpes zum Geheimdienst. Ich hielt diese allerdings für nötig.“ Zwei Tage nach der Debatte beendeten die Kirchenleute der Ehrenkommission ihre Arbeit. Ihr sechsstufiger Abschlussbericht vom 29. November 1991 wurde nicht veröffentlicht. Er verschwand mit den Unterlagen in einem Panzerschrank.

Wenige Wochen danach, im Januar 1992, publizierte der SPIEGEL den Vorabdruck eines Buches von Stolpe, in dem dieser von „Tausenden Gesprächen“ mit der „Staatsmacht“ berichtete, darunter auch mit der Staatssicherheit. Im April trafen entsprechende Unterlagen der Gauck-Behörde in Potsdam ein. Da hatte Stolpe sich längst bei den beiden Kirchenmännern für ihre Arbeit bedankt – bei einem Abendessen.

Im Frühjahr 1992 nahm der Stolpe-Untersuchungsausschuss die Arbeit auf, den Vorsitz übernahm der damalige PDS-Fraktionschef Lothar Bisky, der die Arbeit der Ehrenkommission zuvor gelobt hatte. Seine Fraktion hatte sich mit allen Grenzfällen in den eigenen Reihen solidarisch erklärt. 1994 entlastete der Stolpe-Untersuchungsausschuss den Landesvater. Stolpe selbst hat stets betont, zum Wohle seiner Kirche und der Betroffenen die Gespräche geführt zu haben.

Die Rücksicht war gegenseitig. Als Stolpe eine DDR-Verdienstmedaille vorgehalten wurde, machte sich Vietze darüber öffentlich lustig. Im Landtag stellte er seine eigenen Auszeichnungen aus. Als Gregor Gysi wegen Stasi-Akten in Erklärungsnot geriet, warnte Stolpe davor, einen Märtyrer zu schaffen. Gysi selbst bestreitet, Stasi-Zuträger gewesen zu sein.

Auch als Vietze wegen seiner Stasi-Vergangenheit in die Kritik kam, sprangen ihm die Sozialdemokraten bei. Im Potsdam der

Nachwendezeit störte man sich nicht einmal daran, dass der einstige SED-Statthalter öffentlich von einem „parteikameradschaftlichen“ Kontakt zum MfS sprach, nicht er habe der Stasi berichtet. „Ich habe Berichte schreiben lassen.“ Vietzes gute „Kader-Kenntnisse“ waren auch nach 1989 gefürchtet.

Hatte er am Ende sogar Stolpe in der Hand? Die beiden begegneten sich nicht erst nach 1989. Es gab Staat-Kirche-Gespräche in dem Kreis, für den Vietze zuständig war. Vietze kannte auch Offiziere der Staatssicherheit, angeblich auch jene, die einst die Gespräche mit Stolpe geführt hatten.



Potsdamer Koalitionspartner*: Harmoniebedürfnis hat gesiegt

Es gibt Indizien dafür, dass Sozialdemokraten das Herrschaftswissen von Vietze fürchteten, dass sie sich sorgten, er könne im Sturz andere mit nach unten ziehen. Vietze, heute Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung, will sich dazu nicht äußern. Er kannte sich gut aus im Vorleben manch eines Abgeordneten. Die Anekdoten, die er so gern erzählte, hinterließen jedenfalls Eindruck.

Die Fragen nach Verstrickung und Verantwortung verstummten allmählich in Brandenburg, die Sprache, mit der über das Unrecht und dessen Aufarbeitung gesprochen

* Linke-Fraktionschefin Kerstin Kaiser mit Ministerpräsident Matthias Platzeck bei den Gesprächen zur Koalitionsbildung im Oktober 2009.

wird, änderte sich. Die PDS klagte lautstark über „willkürliche“ Stasi-Überprüfungen im Öffentlichen Dienst. Sie forderte eine „Beschwerdestelle“ für Opfer der Überprüfung. Als erstes neues Bundesland schaffte Brandenburg 1995 die Regelüberprüfungen im Öffentlichen Dienst ab. Auch Jörg Schönbohm (CDU) akzeptierte die Tabuzone, als er 1999 Koalitionspartner wurde.

„Es gab in Brandenburg parallele Interessen zwischen SPD und PDS“, beschreibt im Rückblick der frühere Parteistrategen der PDS, André Brie, die Lage. „In Brandenburg wurden wir nicht ausgegrenzt. Im Gegenzug stützten wir der SPD im Osten, wo sie so schwach aufgestellt war, den Ministerpräsidenten.“ Brandenburg war das einzige ostdeutsche Land mit einem ostdeutschen SPD-Regierungschef. Warum sollte die PDS ausgerechnet ihn in Bedrängnis bringen? In Potsdam, hofften die PDS-Strategen damals, werde der lange Weg zurück an die Macht beginnen.

Es dauerte bis zum Herbst vergangenen Jahres. Platzeck wechselte den Koalitionspartner, nahm die Linken in seine Regierung auf. Schon 1990 war der frühere Umweltaktivist Mitglied der ersten Landesregierung, später wurde er Oberbürgermeister von Potsdam, dann Brandenburger Ministerpräsident. Lange Zeit hatte Platzeck mit den PDS-Genossen gehadert, Vietze und seine Leute hat er oft die Sünden der Vergangenheit vorgehalten. Aber sein Harmoniebedürfnis hat am Ende gesiegt. Oder sein Machtinstinkt.

Als er früheren Stasi-Zuträgern Regierungsämter verweigerte, war das für viele Linke ein Schock. Wie kam ausgerechnet die Stolpe-Partei dazu? Auch Diestel polterte, diesmal jedoch gegen die Linken („Stasi jagt Stasi“), weil die Fraktionsspitze belastete Abgeordnete zum Mandatsverzicht drängte. Der alte Pakt ist gebrochen.

Vor wenigen Tagen verabschiedete der Landtag Brandenburg ein Gesetz zur Stasi-Überprüfung, zuvor war eine Stasi-Beauftragte berufen worden. Aber der alte Geist ist noch da. Das vom Linken Helmuth Markov geführte Finanzministerium verschickte einen Erlass, wonach Landesbeamten bei Jubiläen nun ihre Dienstzeiten beim MfS anerkannt werden sollten. Platzeck stoppte den Ukas.

Die Akten von 1991 sind für die Öffentlichkeit weiter gesperrt. Und Vietze? Ein Sozialdemokrat war vor kurzem bei ihm, er wollte wissen, ob es noch weitere Leichen im Keller gebe. Den früheren SED-Mann soll das Ansinnen amüsiert haben.

STEFAN BERG, PETER WENSIERSKI